

Berliner Tageblatt.

Nummer 114.

Berlin, Montag, den 4. März 1895.

XXIV. Jahrgang.

Politische Wochenchau.

Von
Arthur Levysohn.

Es geht augenblicklich eine tiefe Bewegung durch die Gemüther in Deutschland. Von allen Seiten mehren sich die Klagen darüber, daß das Volk gegen den Kaiser, und es ist nicht ohne Bedeutung, daß die liberalen Kreise in den verschiedensten Kreisen sich beunruhigt fühlen, aus rein ideellen Beweggründen kraftvoll Verwahrung gegen den reaktionären Regenten einzulegen, während aus den agrarisch-konserverativen-kreislerischen Kreisen der Schlußsatz ertönt: „ohne König keine Stühle“ oder „weg mit der idealen Politik, nur Realpolitik allein kann uns helfen“.

Beide Ansprüche, die schnell zu gefälligen Worten geworden sind, erscheinen so symptomatisch für die politische Lage, in der wir uns zur Zeit befinden, daß sie es wohl verdienen, festgehalten zu werden. Als der Kaiser vor den brandenburgischen Provinzialparlamenten seine schneidige Rede hielt gegen die Utopien, deren Verwirklichung die Agrarier nicht erwarten durften, mag er sich vielleicht noch der Illusion hingelassen haben, daß Worte, wenn auch sehr ernst gemeinte, hinreichen würden, die auflässigen Agrar-konserverativen zu bändigen. Daß sich der Monarch in dieser Annahme getäuscht, darüber dürfte ihm die Haltung der Führer des Bundes der Landwirthe und ihrer Presse einen Zweifel nicht mehr gelassen. Die internationale Währungsconferenz, zu der sich die Reichsregierung entschloß, und die Einberufung des Staatsraths bezeugen die Erwägung der schwerden Agrarfragen, die nun gleichfalls die vordringende Aufgabe geworden, alle diese Wünsche, die Agrarier vom guten Willen des Regenten zu überzeugen, wurden als einfache Auftragsarbeiten ohne jede Heber-schönheit in der Darstellungsweise entgegenkommen.

Es ist beinahe noch als Glück zu betrachten, daß die Drolungen der Agrarier, die sich zu dem oben erwähnten künftigen Geh. „ohne König keine Stühle“ beziehten, sich in der Praxis als bloße Redemonstration erwiesen haben. Denn der Parteizweiger und die drei anderen Kreuze, um die es sich in der Marinevorlage handelte, sind mit so großer Mehrheit angenommen worden, daß man auch im Regierungslager auf den Zorn und Groll der Agrarier nicht mehr viel zu geben braucht. Aber freilich, die Dementen so viel kann zu machen, verstanden, daß es kein Wunder war, wenn um erfahrene Leute sich dadurch tauschten liefen und die Zahl, über welche die Ländereien verfügten, für viel größer hielten, als dies in Wahrheit der Fall war.

Es wurde auf diese Art eine Fata morgana erzeugt, die vor der ersten Annahme in Reichstagsbeschlüssen schwand. Augenscheinlich haben die Marinevorträge des Kaisers ihre Wirkung nicht verfehlt, so kam es, daß zur Stärkung der Kriegsflootte wie zum Schutze des Handels jene Staatsposten bewilligt wurden, die ohne den japanischen chinesischen Krieg, und fernsichtigeren in Deutschland schwerlich so anstandslos Annahme seitens der Volkvertretung gefunden haben würden.

Für die Marine haben wir freilich alle stets etwas übrig gehabt. Es kam die Empfindung noch aus dem Jahre 1888, wo das ganze Volk an dem Träume einer deutschen Flotte hing. Demals galt kein Vergleich, keine Kritik, wo nicht ein bloßes Schiff, mit weichen Wimpern und einer Staffelei angefüllt gewesen wäre, um die Distanzen zum Besten der deutschen Flotte aufzunehmen. Jetzt haben wir freilich die feindlich-geldliche Art der Geldbeschaffung für Reichsweide nicht mehr nötig, und die Vermögens-mehrung ist so weit fortgeschritten, daß es kaum noch erhebliche Vermögens-widerstände zu überwinden ist.

Unsere Flotte wird dem auch bald Gelegenheit haben, Volk und Vaterland in glänzender Weise zu repräsentieren. Die Einweihung des Norddeutschen Kanals hat dem Kaiser Veranlassung gegeben, die Flotten der seefahrenden Nationen zu dieser Zeit besonders einzuladen. Von allen Seiten sind bereits die Erklärungen eingetroffen, daß unsere Nachbarn und Freunde sich eine Ehre daraus machen, diesem bedeutungs-vollen Feste beizuwohnen. Auch die französische Republik hat ihre Bereitwilligkeit erklärt, bei dieser von Deutschland angeführten internationalen Freizeitsitzung durch ihre Marine vertreten zu sein. Daß die Regierung des Präsidenten France, daß der Ministerpräsident Ribot und der Minister des Auswärtigen Gantaur zu dieser Entscheidung gelangten konnten, zeigt besser als seitenlange Ausführungen, daß unsere Beziehungen zur Republik in der letzten Zeit um vieles freundnachbarlicher sich gestaltet haben, als dies noch in der Zeit des Fürsten Bismarck der Fall gewesen. Der aufrechten Politik der letzten Kaiserjahre ist bei uns Frankreich gegenüber eine Zeit der ritterlichen Entgegen-kommens und der wohlwollenden Theilnahme gefolgt, die zum größten Theil der persönlichen Initiative des Kaisers ent-sprang war. Diese verschönlende Haltung beginnt nun ihre Früchte zu zeigen. Obwohl noch eine Heile-gewerdmäßig-gesellschaftlicher Kaiser in Paris sich alle nur erdenkliche Mühe gibt, um das einträgliche Geschäft des Nebengeschäfts nicht untergehen zu lassen, so ist nachgerade doch der gesunde Menschenverstand des französischen Publikums wieder derartig zu Kräften gekommen, daß es sich nicht mehr durch das Gebrauh der interjektiven Redensarten einschüchtern läßt. Wie Frankreichs Marine an der Einweihung des Norddeutschen Kanals Theil nimmt, so erscheint ein guter, vielleicht der beste Theil seiner Kaiserin nun auch auf der Berliner Kunstausstellung, und so wird der Mann, der seit fünfzehn-jährigen Jahren auf den Beziehungen der beiden großen Kulturnationen nicht, nun von zwei Seiten gedrückt und gebrochen, und die Friedensstimmung haben alle Ursache, sich zu dieser Verbindung der Dinge Glück zu wünschen.

In die Zahl der mit Genugthuung zu betrachtenden Symptome friedensverträglicher Natur gehört auch die Er-

nennung des Fürsten Robanow-Rostowstsch zum russischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Der russische Staatsmann war nach der Berufung des Grafen Schadow zum Generalgouverneur von Polen zum Vorkämpfer in Berlin ernannt worden, ohne noch dahin zu gelangen, sein Beglaubigungsschreiben feierlich zu über-reichen. Inzwischen war Baron Giers gestorben, und der Zar sah sich somit in die Nothwendigkeit versetzt, nach einem neuen Leiter seiner auswärtigen Politik Umschau zu halten. Reibow, der Vorkämpfer in Konstantinopel, den die Panlawisten pönbilft, konnte man nicht wohl zum Nach-folger für Giers ernennen, denn er war toeben noch wegen seiner Balkanpolitik von Wien aus als Vorkämpfer zu denkwürdig geworden. Seine Ernennung dürfte also wie eine direkte Herausforderung Österreich-Ungarns ausgehen. Herr v. Siala, der Vorkämpfer in London, hätte vielleicht gern seine Ungelamie von der leitenden Stelle in Petersburg aus zur Durchführung gebracht, aber Fürst Robanow dächte dem Jaren beizutreten. Einmal, dessen Name ihm zur Fort-führung der begonnenen Friedenspolitik am meisten prädestinirt.

Hierzu war freilich notwendig, daß Kaiser Wilhelm darauf verzichtete, diesen Diplomaten in Berlin, für das er, wie gelagt, ernannt war, beglaubigt zu sehen. Nach längerer Verhandlung kam dann auch eine Verständigung in diesem Sinne zwischen Petersburg und Berlin zu Stande, und so darf Fürst Robanow-Rostowstsch gleichfalls als ein Repräsentant jener friedlichen Gesinnungen angesehen werden, die den Völkern Europas zu Gute kommen.

Die Aufgaben des Staatsraths.

Die Vorlagen, welche der am 12. d. M. zusammentretenden „engeren Berathung“ des Staatsraths unterbreitet werden sollen, sind nach der „Schl. Ztg.“ die folgenden:

I. Maßnahmen zur Hebung der Preise landwirtschaftlicher Produkte.

1) Zur Hebung des Getreidepreises. Die Nothlage der Landwirtschaft wird durch die immer steigende Unrentabilität des Ackerbaues angehen. Zur Hebung dieses Mißstandes sind aus den Kreisen derer, die sich mit dieser Nothstands-lage beschäftigen, Vorschläge gemacht worden, die wesentlich auf dem Gebiete der Monopolisirung des Handels mit Getreide beruhen, mit Vorbehalt. Folgende Vorschläge stehen im Vorder-grunde der Erörterung:

- a. die Monopolisirung des Handels mit ausländischen Getreide in Verbindung mit einer Bekämpfung der Preise für das ein-gelieferte ausländische Getreide nach Maßgabe des Preisstandes im Inlande innerhalb der letzten 40 Jahre;
 - b. die Monopolisirung des Handels mit ausländischen und in-ländischen Getreide;
 - c. die Regulirung der Einfuhr von ausländischem Getreide;
 - d. die Bekämpfung des zum Verbrauch im Inlande eingeführten ausländischen Getreides in Eisenschmelzen;
 - e. die Einführung eines staatlichen Vorkaufsystems;
 - f. der Verkauf von Getreide seitens des Staates und die Ver-ertheilung desselben zu sehr billigen Preisen.
- Es fragt sich: Sind diese Vorschläge, den erstesten End-zweck zu erreichen? Sind sie praktisch durchführbar?

Referenten: 1) Konrad v. Kardorff zu Cels, 2) Kammer-ger v. Dellbrot zu Weba.
2) Zur Hebung des Zucker- und Spirituspreises. Welche Maßregeln sind zur Bekämpfung der gegenwärtigen Preis-fälle in der Zuckerindustrie und zur Verbesserung der Lage des Bran-nenwein-Verbraucher-Vertrages zu ergreifen?
Referenten bezüglich der Zuckerindustrie: 1) Amthorst v. Zimmermann auf Sondersdorf, 2) Landes-Deconomie-rath v. Krummholz auf Sondersdorf, bezüglich des Branntwein-Verbraucher-Vertrages: 1) Gumboldt v. Seydel auf Gleditz, 2) Graf v. Jäten-Schwerin auf Wulkau.

II. Maßnahmen auf dem Gebiete der Währungsreform.

Welche Folgen resultieren aus dem Ergebnisse der Beratungen der „Sicherheitskommission“ zu ziehen? Insbesondere: Sind zur Hebung und Befestigung des Silbervertrages im gegenwärtigen Zeitpunkt Maß-regeln zu ergreifen?

Referenten: 1) Generalconsul Ruffel zu Berlin, 2) Graf v. Mirbach auf Sorkowitz.

III. Maßnahmen zur Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Verbilligung des Absatzes der Erzeugnisse.

Ist zur Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Hebung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse eine wirksame Herabsetzung der Eisenbahnfrachten auf weitere Entfernungen zu empfehlen?
Sind von einer dergleichen Regelung der Eisenbahnfrachte bestimmte Artikel der landwirtschaftlichen Roh- und Hilfsstoffe und der land-wirtschaftlichen Erzeugnisse auszunehmen?
Ist es im Interesse der Landwirtschaft, durch eine sachgemäße Regelung der staatlichen Schiffsahrtgebühren (Erlaub der Unter-haltungskosten, Bezugs- und allmähliche Tilgung der Anlagengebühren) auf eine angemessene Befreiung der Frachten auf den Wasserstraßen, welche vorzugsweise für die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse des Auslandes dienen, zu erwirken?

Referenten: 1) Dr. Freiherr v. Sgortz v. Sgortz auf Witt, 2) Graf v. Kanitz auf Pörsdorf.

IV. Maßnahmen zur Verbesserung der ländlichen Arbeiter-Verhältnisse, insbesondere in den östlichen Provinzen der Monarchie.

durch wirksame Unterstützung der Rentengeldbildung durch Ernäh-ung der Rentengeldbildung für kleine Stellen (Wiedererwerb).
Referenten: 1) Staatsminister Graf v. Redtenbacher auf Ribben-Großen-Worau, 2) Präsident Dr. v. Wittenburg in Posen.

V. Maßnahmen auf dem Gebiete der Kreditorganisation.

Sind die bisherigen Zustand des Immobilien- und Personal-kreditwesens den berechtigten Anforderungen der Landwirtschaft Genüge, oder welche Veränderungen sind anzustellen?

Insbesonderes:
1) Ist das bestehende Verhältniß der beiden Kreditformen ein angemessenes, oder empfiehlt es sich, den Immobilienkredit zu Gunsten des Personalkredits einzuschränken, um auf diesem

Wege zugleich auf eine spätere Verminderung der Gesamt-verbindlichkeit des Grundbesitzes hinzuwirken?

2) Ist durch Maßnahmen auf dem Gebiete des Kreditwesens eine Befreiung der jetzt theilweise vorhandenen Ueberladung zu erreichen?

3) Wird durch die bestehenden Grundkredit-Institute dem Grundbesitz ein genügend weit ausgedehnter, unfaßbarer, unglück-lich wohlfeiler und leicht zugänglicher Kredit mit allmählicher Tilgungsverpflichtung gesichert?

4) Ist es ein etwas als nützlich erachtete Reform die Neu-bildung großer Kreditorganisationen, oder die Fortbildung der überkommenen landwirtschaftlichen und kommunalen Kreditinstitute zu leisten?

5) Ist freilich den Bedürfnissen des Mobilienkredits bereits ausreichend Rechnung getragen, oder sind auf diesem Gebiete Veränderungen anzubringen, eventuell unter Gewährung eines gesetzlichen Vorrechts für Pfandkreditkredit gegenüber den bereits eingetragenen Schulden?

Referenten: 1) Freiherr v. Dönniges, gen. Sueno auf Groß-Walden, 2) Landesdirektor Dr. Klein zu Düsseldorf.

Dr. Serr v. Kardorff theilhaftig als Referent über die Maßnahmen zur Hebung des Getreidepreises fungieren wird, steht dahin. Von anderer Seite wird, wie wir bereits gefahren mittheilen, behauptet, er habe abgelehnt, und Graf Kanitz werde an seiner Stelle das Referat abverleihen.

Die „Hamb. Nachr.“ schreiben, daß Fürst Bismarck zwar noch heute Mitglied des Staatsraths sei, weil er es schon gewesen, lange Zeit bevor er Minister wurde; er sei jedoch die Annahme, daß er auch noch Prä-sident der Reichsversammlung sei, für irreführend. Diese Stellung, die er in Vertretung des damaligen Präsidenten, des Kronprinzen, bekleidete, sei von seiner Ministerstellung nicht zu trennen. Diese Auffassung sei auch die des könig-lichen Staatsministers, von welchem Fürst Bismarck zur Zeit der Wahl zum Reichspräsidenten amlich ein-geladen worden sei. Derselbe habe indessen geäußert, ihm mit Rücksicht auf seine Gesundheitserhaltung nicht von der Theilnahme an den Verhandlungen zu dispensiren.

* Wie uns ein Privat-Telegramm aus Nürnberg meldet, nahm, dahinst am letzten Sonntag eine überaus zahlreich besuchte freiwirtschaftliche Versammlung einstimmig eine Reso-lution gegen die Umföhrungsverträge an.

* Eine vom Labordirektor v. Bismarck und der Abteilung 5 des deutschen Labordirektors einberufene, äußerst zahlreich besuchte Versammlung von Zuckerfabrikanten aus Baden, Bayern, Würt-temberg, Elsaß-Lothringen und Hessen beschloß, wie uns ein Privat-Telegramm aus Mannheim meldet, den Reichstag zu ersuchen, gegen die Zuckerverträge zu stimmen.

* Verschiedene Provinzialblätter erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß Minister v. Bismarck in der Freie Presse von Arbeitervereinigungen im Ministerium über Herrn v. Ritter den Sieg davongetragen habe.

* Der Regierungsrath Simon und der Regierungsdirektor v. Bismarck im Handelsministerium haben sich im Auftrag des Reichspräsidenten v. Bismarck und v. Götze mit dem Reichspräsidenten v. Bismarck und v. Götze in Baden, Elsaß-Lothringen und Hessen, um von den Einrichtungen der gewerkschaftlichen Kassen in diesen Ländern, namentlich von den großen Baugewerk- und Webeschulen, Kenntnis zu nehmen.

* Wie die „N. N.“ aus Wien von zuverlässiger Seite erfahren, wird gegen den Kaiser Franz Josef gelegentlich seiner letzten Reise nach Kap Malin ein Aufruf von Seiten eines österreichischen Reichspräsidenten ge-plant, welcher dem Monarchen nachgereicht war. Auf Requisition der Wiener Behörde gelang es der französischen Polizei, die betreffende Persönlichkeit wenige Stunden nach dem Eintreffen des Kaisers zu verhaften.

* Das Wiener „Fremdenblatt“ bespricht die Ernennung des Fürsten Robanow zum russischen Minister des Auswärtigen und erblickt darin ein neues erfreuliches Zeichen für die im kaiserlichen Manifest mit aller Deutlichkeit und Wärme angelegentlich friedliche Tendenz der russischen Politik. Inwiefern eine Verständigung über die kaiserlichen Absichten mit fester Hand in dem Geiste, von welchem sie ausgegangen sind, werden ausgeführt werden. Fürst Robanow, welcher mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen im freundschaftlichsten Verkehr stand und persona gratissima dem Kaiser von Österreich-Ungarn war, wird da er mit den bei uns an leitender Stelle herrschenden Intentionen vollständig vertraut ist, seinen Kaiser und die politischen Kreise Russlands genau über die Wiener Verhandlungen und Stimmungen zu unterrichten wissen, in Petersburg stets die richtige Auffassung von der österreichischen Politik zur Geltung von allen die Monarchie betreffenden Angelegenheiten aufzufassen und endlich geeigneten freundschaftlichen Beziehungen die zum Besten beider Reiche beizutragen. Fürst Robanow, dessen Scheiden in der Wiener Weltanschauung eine fastbare Lücke zurückläßt, bezieht eine neue ehrenvolle Laufbahn in einer für einen Staatsmann von so friedlichen Gesinnungen und loyalenem Wesen ungewöhnlich günstigen Zeit, in welcher Spannung und Mißtrauen überall nach-gelassen und Friedensverhältnis und Friedensüberdacht all-gemein herrschen.

* Aus Budapest wird der „Pol. Kor.“ von einem „mit den maßgebenden ungarischen Kreisen in Fühlung stehenden“ Korrespondenten geschrieben: Wenn auch schon früher ein